



BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Wahlkreis Tübingen, stellv. Vorsitzender Fraktion GRÜNE

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

Kritische Solidarität mit den Schlossbesetzern auf Hohentübingen

Liebe Studierende,

ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass an unseren Universitäten zu wenig protestiert, zu wenig diskutiert und zu wenig politisch initiiert wird. Deshalb freut es mich, wenn ihr diese Lethargie aufbrecht. Gerne erkläre ich meine Solidarität mit den Schlossbesetzern, doch ist dies eine kritische Solidarität.

Ich habe den Eindruck, dass eure Forderungen eher vergangenheitsgerichtet sind und von den wirklich drängenden Fragen der nahen Zukunft eher ablenken. Die Debatte über Studiengebühren wurde die letzten zehn Jahre geführt und sie ist entschieden. In kurzer Zeit werden fast alle Länder die Gebühr von knapp 100 Euro pro Monat erheben. Ich halte es für ausgeschlossen, dass der Landtag von Baden-Württemberg dieses Gesetz aufheben wird – auch wenn ich selbst gegen seine Verabschiedung gestimmt habe.

Den Protest gegen Studiengebühren habe ich immer verstanden als Widerstand gegen soziale Ausgrenzung, gegen die schreiende Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems. Deshalb ist es richtig, die hohe soziale Selektivität unseres Schulsystems mit anzusprechen. Ich wundere mich aber, warum die Studierenden hier wie anderswo keine Notiz davon nehmen, dass uns akuter Studienplatzmangel droht.

Der Wissenschaftsrat (www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf) hat in seinen Empfehlungen zum demografiegerechten Ausbau der Hochschulen in diesem Februar alarmierende Fakten publiziert. Wir benötigen in sieben Jahren ein Drittel mehr Studienanfängerplätze! Ursächlich dafür sind starke Jahrgänge, das Doppelabitur und eine notwendig wachsende Studierneigung.

Was tut die Politik? Baden-Württemberg hat in den letzten zwei Jahren 4000 Studienanfängerplätze abgebaut. Berlin hat soeben einen Rückbau um 8% beschlossen, um die Qualität der Ausbildung zu steigern. Im Klartext: In wenigen Jahren wird ein Drittel eines Jahrgangs der Zugang zur Universität verweigert, wenn die Politik nicht radikal umsteuert. Die eigentlich Gefahr ist nicht, dass junge Leute durch Gebühren vom Studium abgeschreckt werden. Es sieht alles danach aus, als würde man ihnen gar nicht die Gelegenheit geben, die Gebühren zu bezahlen, weil kein Platz an den Unis ist.

Das zu thematisieren wäre ein großes Verdienst. Denn es handelt sich um eine fundamentale Entscheidung über Lebensläufe, Bildungs- und Berufschancen, Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und ökonomische Perspektiven der Volkswirtschaft. Wir sind dabei, die Zukunft schon heute zu verspielen – und keiner merkt's.

Es gibt zwischen euren zentralen Forderungen und den Positionen der Grünen im Landtag viel Übereinstimmung. Wir sind für die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft und ich werde

dafür eintreten, dies auch im Landtag erneut zur Abstimmung zu stellen. Wir wollen das dreigliedrige Schulsystem überwinden. Und wir werden versuchen, dem Studiengebührengesetz die schlimmsten Giftzähne zu ziehen. Bei der Beratung im Ausschuss haben wir dies durch zahlreiche Änderungsanträge versucht. Wir werden einen zweiten Anlauf unternehmen, wenn die Gebühren Realität werden. So ist es auch mit dem Familienbild der CDU absolut nicht einsehbar, warum Eltern mit dem achten Geburtstag eines Kindes plötzlich die Gebührenbefreiung verlieren.

In diesem Sinne wünsche ich der Schlossbesetzung viel Erfolg dabei, unsere Gesellschaft wachzurütteln, damit sie sich endlich mit der notwendigen Intensität der Bildungsfrage zuwendet.

Boris Palmer MdL, stv. Fraktionsvorsitzender